

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Der Entscheid über die verfassungsmäßige Neuordnung des Bundesfinanzhaushaltes, der in sehr eindeutiger Weise am 6. Dezember gefallen ist, hat eine starke politische Bewegung ausgelöst. Es ist aus diesem Grunde erklärlich, daß die meisten Kommentare, die man lesen konnte, sich weniger mit den in der Materie selbst zu ziehenden Konsequenzen befaßten als mit der neuen politischen Lage, die durch den Rücktritt des zuständigen Bundesrates und durch den einstweiligen Rückzug der Sozialdemokraten aus der Landesregierung entstanden ist. Was die künftige Regelung der Probleme des Bundeshaushaltes betrifft, so läßt sich auf weitere Sicht vorerst kaum etwas vorkehren, bis die allgemeine politische Lage ihre Klärung erfahren hat. Sicher ist nur, daß die Prognosen völlig fehlgingen, die für den Fall einer Verwerfung der Vorlage ernstere Schwierigkeiten im Bereiche der Bundesfinanzen oder gar der Währung voraussagten. Einmal gilt die Übergangsordnung zur Sicherung des Bundeshaushaltes noch bis zum 31. Dezember 1954, und man wird wohl annehmen können, daß das Parlament die notwendige Verlängerung dieser provisorischen Ordnung beschließen wird. Umstritten werden dabei zwei Punkte sein: Einmal, für welche Zeitspanne das Provisorium weitergeführt werden soll, und zum andern, ob es unverändert oder mit einer leichten Modifikation zu übernehmen sei. Man wird dabei darauf achten, daß die Zeitspanne für die Verlängerung nicht zu weit angesetzt wird, jedenfalls nicht weiter, als es die Durchführung des Rüstungsprogrammes erfordert. Materiell hat das Bürgertum allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß nicht etwa eine Verschlechterung des Provisoriums eintritt; eine solche müßte dem Sinn des Ergebnisses vom 6. Dezember widersprechen.

Die allgemeinen politischen Konsequenzen des Entscheides sind schärfer ausgefallen als man gemeinhin vermutete. Der Rücktritt des zuständigen Bundesrates kam unerwartet, obwohl Herr Prof. Weber in seinen eigenen Kreisen schon vor der Abstimmung auf diesen Schritt aufmerksam machte. Ob man deshalb in dem Rücktritt mit gleichzeitigem Rückzug der Sozialdemokraten aus dem Bundesrat ein vereinbartes Spiel zu sehen hat, wie vielerorts vermutet wurde, mag dahingestellt bleiben. Wir zweifeln einigermaßen daran, denn es steht doch sehr zu erwägen, ob nicht der Sozialdemokratischen Partei durch die ganze Aktion eher Schaden als Nutzen erwachsen wird. Man weiß zwar, daß die eher radikal gestimmten Kreise innerhalb der Partei den jetzigen Zustand der Mitverantwortung schon lange als unbefriedigend betrachteten, während maßgebende Gewerkschaften auf der gegenteiligen Seite standen. Mag sein, daß man nun gefunden hat, mit Rücksicht auf die Nationalratswahlen vom Herbst 1955 sei der Rückzug in die Opposition zeitgemäß. Immerhin wird man dazu sagen können, daß sich die Partei

die Opposition auch im bisherigen Zustand nie hat verwehren lassen — eine Haltung, die seltsamerweise vom Bürgertum ziemlich widerspruchslos hingenommen worden ist. Jedenfalls hat die Beteiligung am Bundesrat die Partei nicht gehindert, jahrelang und mit Vehemenz die staatssozialistischen Postulate der «Neuen Schweiz» zu vertreten und — um nur ein besonders schwerwiegendes Einzelbeispiel zu nennen — die Initiative auf Erhebung einer Vermögensabgabe zu lancieren. Es ist also sehr die Frage, ob die Partei wirklich einen Gewinn aus der abrupten Haltung davonzutragen wird, welche der von ihr gestellte Bundesrat im Anschluß an die Abstimmung einzunehmen für gut fand, und ob dieser Entschluß einer vorherigen Verständigung innerhalb der Partei entsprach. Die Entscheidung von Bundesrat Weber, in einer Weise die Konsequenzen zu ziehen, die in unserem politischen Gefüge nicht üblich ist, scheint sich jedenfalls aus dem Spiegelbild seines Charakters allein zur Genüge erklären zu lassen. In verschiedenen Blättern ist ihm nicht nur Hartnäckigkeit in der Vertretung seiner Ziele, sondern eine gewisse Starrköpfigkeit vorgeworfen worden, und sicher neigt sein Charakter zu einer betont individualistischen Grundhaltung, in dem Sinne, daß er sich schwer an allgemein übliche Bindungen oder Verpflichtungen anzupassen vermag. So hat sich Herr Weber seinerzeit aus grundsätzlichen Überlegungen, wie man weiß, der Dienstverweigerung schuldig gemacht, indem er glaubte, persönliche Erwägungen den Auflagen der verfassungsmäßigen Wehrpflicht voranstellen zu dürfen, und vielleicht mag nun hier eine gewisse Parallele festzustellen sein, deren Ursprung in seinem Charakter ruht, wenn er sich dem Referendumsentscheid des Schweizervolkes nicht unterziehen wollte. Den fachmännischen Qualitäten des Zurückgetretenen tun solche Feststellungen keinen Abbruch, und daß die Partei einen so qualifizierten Vertreter im Bundesrat nun verliert, das dürfte ihr weder auf kurze noch auf lange Sicht zum Vorteil ausschlagen.

Das Bürgertum in seiner Gesamtheit kann mit dem Entscheid vom 6. Dezember zufrieden sein. Das Urteil des Volkes ist gegen den zunehmenden Fiskalismus und gegen die fortgesetzte Staatsintervention ausgefallen. Wenn es gelingt, das Bürgertum nun nach einer langen Periode der Unsicherheit und des Schwankens zu einer geschlossenen Haltung zu führen, dann werden die politischen Konsequenzen, die man sich wünschen möchte, zu erreichen sein. In erster Linie gilt es nun, weitere Vorstöße nach der staatssozialistischen Richtung abzuwehren, und damit ist vorab die «Initiative zum Schutze der Mieter und Konsumenten» gemeint. Was die allgemeinen Linien der Politik betrifft, so wird man sich immerhin über die Schwierigkeiten des bürgerlichen Zusammengehens keine Illusionen machen. Die entscheidende Frage ist, ob es gelingt, die Probleme der verschiedenen Berufsstände, nicht zuletzt des Bauernstandes, in einer Weise zur Lösung zu bringen, die sich mit den Erfordernissen einer bürgerlichen, einer liberalen Politik vereinbaren läßt.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Randbemerkungen

Mahnworte amerikanischer Offiziere

Der angesehene militärische Redaktor der *New York Times*, *Hanson W. Baldwin*, gab unter dem Titel *Lesson of General Dean* Äußerungen Deans, der drei Jahre in Gefangenschaft war, und anderer aus Korea zurückgekehrter Offiziere wieder. (*The New York Times*, 27. 9. 1953): «An einer Pressekonferenz erklärte General Dean, er sei ‚kein Held, bloß ein rauhbeiniger Soldat‘, eine Formel, die vielleicht dem Pentagon als Grundsatz zu empfehlen wäre, denn auch dort könnte eine Blutauffrischung durch unkomplizierte Soldatennaturen und ein entsprechender Abbau bei den Spezialisten beträchtlichen Nutzen stiften.» Baldwin bemerkt: «General Dean hat durch seine Haltung vor der Gefangennahme, im Gefangenenlager selbst und jetzt wieder seit seiner Entlassung bewiesen, daß er ein wirklicher Führer ist, der die Befehlskunst beherrscht. Diese an sich seltene Eigenschaft ist in unserer Armee allzu selten geworden, denn heute wird bei uns der Generalstabsoffizier und Spezialist immer mehr bevorzugt und dafür der Truppenführer in den Hintergrund gedrängt. — Die Heimkehr General Deans und seine zurückhaltenden und doch so aufschlußreichen Bemerkungen sind dazu angetan, eines der wichtigsten Probleme unserer heutigen Streitkräfte und ganz besonders unserer Armee aufs neue ins Licht zu rücken: es ist das Problem der Truppenmoral, der Dienstauffassung, der Dienstfreude und des Dienstanzweises, wie auch dasjenige der Führung.»

Baldwin schreibt sodann: «Eine Reihe aktiver oder zurückgetretener Offiziere, vom Oberstleutnant bis zum General, haben dem Verfasser dieses Artikels schriftlich bestätigt, daß vor allem das Fehlen einer leistungsfähigen, entschlossenen militärischen Führung an dem bedenklichen Schwund der Truppenmoral in unserer heutigen Armee schuld sei. Mehrere Armeeoffiziere stellten überdies fest, daß nach ihrer Meinung ihre eigenen obersten Führer für den Niedergang der Dienstauffassung die Verantwortung tragen.»

Ein Reserveoffizier der Flotte, der im zweiten Weltkrieg und in Korea gekämpft hat, nannte Baldwin drei Faktoren, die seiner Ansicht nach bei der Demoralisierung mancher Truppenangehöriger mitgewirkt haben. Baldwin schreibt: «Er nennt die ‚Weichheit‘ beim Drill und bei der Ausbildung, das ‚Hervortreten materialistischer Anschauungen bei den Streitkräften‘ und ‚den Zusammenbruch der Achtung vor den Offizieren‘. Die ganze Entwicklung in der Zeit zwischen dem zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg ist mir schlechterdings unverständlich, selbst wenn ich sie rückschauend überdenke. Ich würde behaupten, daß unsere Wehrmacht heute keine gute Pflanzschule für gute Bürger mehr darstellt... Natürlich weiß ich, daß nicht alle jungen Amerikaner nach der Pfadfinderregel leben oder gar vollkommen wie Engel sind, aber viele unter ihnen kommen mit einem gewissen Idealismus zur Truppe. Sie erwarten Manneszucht, erstklassige Führer, wohltemperierten Gehorsam und ähnliche Tugenden. — Wenn Angehörige der Streitkräfte das Gefühl bekommen, daß sie bei aller Vorbereitung auf den zerstörerischen Krieg doch konstruktive Arbeit leisten, dann werden sie auch stolzer werden, sich selbst höher achten und sich zu besseren Bürgern entwickeln. — Wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte oder wenn ich aus sonst einem Grunde wieder Dienst leiste, dann gehe ich nicht zur Armee, auch nicht zur Flotte, sondern ich werde Marinesoldat. Denn soviel ich diesmal gesehen habe — im ersten Jahr des Koreakrieges —, sind die Marinesoldaten die einzigen, die dem Sirenen-

ruf des demokratisierten Dienstes nicht gefolgt sind. Sie allein haben ihre Form bewahrt — und zwar physisch, geistig und moralisch, sie haben ihre Disziplin beibehalten und damit auch ihren esprit de corps, das heißt ihre Selbstachtung, nicht preisgegeben.»

Frankreichs Fremdenlegion

Frankreich pflegt die Regimenter der Fremdenlegion in den blutigsten Kämpfen einzusetzen. Nach polizeilichen Feststellungen treten jährlich rund 300 Schweizer in die Fremdenlegion ein; sie werden dann in der Heimat militärgerichtlich verfolgt. Laut Geschäftsbericht des Politischen Departements werden unsere Beziehungen mit Frankreich immer wieder durch die Tatsache belastet, daß seit 1949 auch Minderjährige ohne Bedenken in die Legion aufgenommen werden. Selbst das offiziell geforderte Mindestalter von 18 Jahren wird dadurch umgangen, daß die abenteuerlustigen Jünglinge ihr Alter selbst «bescheinigen» oder sich unter einem fingierten Zivilstand anwerben lassen. Ein offizieller Protest unserer Gesandtschaft in Paris beim französischen Außenministerium blieb ebenso wirkungslos wie frühere Schritte.

Während Diplomaten und Militärgerichte den Eintritt in die Fremdenlegion bekämpfen, werden in unserem Lande Filme gezeigt und Bücher verkauft, in denen das Leben eines Fremdenlegionärs heroisiert und zugleich als verhältnismäßig harmlos dargestellt wird, so daß damit vielfach die Illusion eines farbenreichen Orients mit märchenhaften Geheimnissen erweckt wird. Im Wunschkonzert des Radios Lausanne erschallte am 3. Mai 1953 der Marsch der Fremdenlegion, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den Gründungstag der Legion vom 29. April. Solche Machenschaften im Dienste der französischen Propaganda müssen öffentlich angeprangert werden.

In der Herbstsession des Nationalrates beantwortete der Chef des Politischen Departements zwei Interpellationen über dieses die Öffentlichkeit immer mehr beunruhigende Problem. Die zurückhaltende Antwort des Bundesrates beseitigte die Besorgnis der Öffentlichkeit nicht. Ein von der *Schweizerischen Politischen Korrespondenz* verbreiteter Artikel, der in zahlreichen Zeitungen abgedruckt wurde, sagte, das zuständige Departement erfülle in der Frage der Fremdenlegion seine Aufgabe nicht. «Es gab einmal eine Zeit, wo ein um vieles mächtigeres Frankreich an die kleine Schweiz das Begehren stellte, einen Franzosen auszuweisen, der hier politisches Asyl gefunden hatte. Empört über dieses Ansinnen hat damals die Schweiz ihre Armee mobilisiert. Louis Napoleon wurde nicht ausgewiesen, und die ganze öffentliche Meinung der Schweiz stand geschlossen hinter ihren Behörden. Heute hat man, wie es scheint, den Mut endgültig mit den diplomatischen Glacé-Handschuhen vertauscht. Man hütet sich vorsichtig, irgend ein Druckmittel anzuwenden. Man gewährt Frankreich Kredite, handelsvertragliche Vorteile, günstige Niederlassungsbedingungen, aber niemandem kommt es in den Sinn, diese Entgegenkommen einmal von einem solchen Frankreichs in der Frage der Fremdenlegion abhängig zu machen. Argument: Es widerspreche den diplomatischen Gepflogenheiten, sachlich nicht zusammengehörende Dinge in Verhandlungen zu verkoppeln. Und in der Zwischenzeit verbluten Hunderte von Schweizern im Dschungelkrieg in Indochina oder kommen an Leib und Seele schwer geschädigt in die Heimat zurück. — Schließlich können wir das Risiko schon in Kauf nehmen, einmal auf der diplomatischen Ebene unfreundlich aufzutreten, wenn es darum geht, unser schweizerisches Gesetz, das den fremden Wehrdienst untersagt, zu wahren. ...»

Der *Luzerner Landbote* veröffentlichte am 13. 11. 1953 unter dem Titel *Wer trägt die Schuld am Eintritt vieler Schweizer in die Fremdenlegion?* aufsehenerregende Mitteilungen eines Lesers, der selbst während fünf Jahren Fremdenlegionär

war und später in Algier ein Reisebüro führte. Seinen Angaben ist zu entnehmen, daß die eine Hälfte der schweizerischen Fremdenlegionäre aus Leuten besteht, die in Frankreich Arbeit suchten oder Ferien machen wollten und eines Tages mittellos dastehen. «Sie begaben sich dann gewöhnlich aufs nächste Schweizerkonsulat, um sich das Rückreisegeld zu verschaffen. Dort wurden sie oft mit einem lakonischen: ‚Es tut uns leid, aber wir können Ihnen nicht helfen, Sie müssen eben selber schauen, daß Sie wieder zurückkommen‘ abgefertigt. — Resultat: In seiner Verzweiflung landete der Mann schließlich in der Fremdenlegion.»

Während der Zeit, in welcher der Gewährsmann ein Reisebüro in Algier führte, sollen sehr häufig allzu optimistische Auswanderer bei ihm vorgesprochen haben. Hoffnungslos und mittellos suchten sie das Konsulat auf. Dort soll sie die Antwort erwartet haben: «Wir können nichts tun für Sie.» Der Einsender fährt fort: «Das Konsulat in Algier sandte mir oft solche ‚Pechvögel‘, in der Meinung, ich sollte diesen einen Platz in einem von mir damals gecharterten Flugzeug (fast jeden Samstag nach Genf) anbieten. Ich hätte sicher Platz. Aber sehr oft war mir dies nicht möglich, da der Apparat ausverkauft war. Resultat: verschiedene traten in die Fremdenlegion ein.»

In einem Fall soll sich ein junger Schweizer, dem das schweizerische Konsulat die Hilfe versagte, auf Empfehlung hin, an den schwedischen Konsul gewendet haben, der dem Manne freie Überfahrt auf einem schwedischen Frachter nebst Geld für ein Bahnbillett Marseille-Genf offerierte!

Der Gewährsmann des *Luzerner Landboten* schließt aus seinen Erfahrungen, daß es Sache der schweizerischen Konsulate wäre, das Legionärenelend unglücklicher Auslandschweizer zu vermindern, und er sagt, daß es sehr oft einem Konsulat möglich wäre, einem verzweifelten Auslandschweizer die Heimkehr zu vermitteln und ihn dadurch vor dem Eintritt in die Fremdenlegion zu bewahren.

Das *Aufgebot* verweist unter dem Titel *Scharfer Pfeffer* in seiner Nummer vom 3. 12. 1953 auf die Angaben des «Luzerner Landboten». Er verlangt eine genaue Untersuchung und fordert, sofern die Angaben stimmen, daß Abhilfe geleistet werde, wo dies möglich sei ¹⁾.

Zumutungen an die Armee

Bei Lugano wurden am 29./30. August 1953 die *Straßenweltmeisterschaften im Radfahren* vor einer großen Zuschauermenge durchgeführt. Ein undiszipliniertes Verhalten vieler Zuschauer befürchtend, gelangten das Organisationskomitee und sogar der Staatsrat des Kantons Tessin wiederholt an die militärischen Instanzen, mit dem Begehren, für die Verstärkung der Polizei zur Freihaltung der Rennstrecke, zum Schutze der Kulturen und zur Räumung des Geländes nach Schluß der Rennen, Rekruten der im Tessin stationierten Militärschulen zur Verfügung zu stellen. Die militärischen Instanzen haben dieses Ansinnen mit guten Gründen abgelehnt und beharrten erfreulicherweise auch dann auf ihrem Standpunkt, als das Organisationskomitee wenige Tage vor den Rennen an einer Pressekonferenz versuchte, die ablehnenden Stellen für allfällige Störungen und Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Darauf gab der Ausbildungschef der Presse die Richtlinien bekannt, welche für die Mitwirkung von Truppen bei zivilen Anlässen maßgebend sind, sowie die Gründe, die eine Mitwirkung für den Ordnungsdienst an den Straßenweltmeisterschaften unmöglich machten. Derartige Polizeiaufgaben passen in keiner Weise in das Ausbildungsprogramm von Rekruten der Infanterie und Artillerie, bringen aber die Möglichkeit mit sich, daß die Rekruten

¹⁾ Wir verweisen noch speziell auf den Artikel «Das Vermächtnis eines Fremdenlegionärs», Neue Zürcher Nachrichten, 12. 12. 53.

in Konflikt mit einer von Begeisterung und Leidenschaft überbordenden Zuschauermenge geraten. «Rekruten, im 20. Altersjahr, die erst 6 Wochen im Dienste stehen, noch lange nicht fertig ausgebildet sind und größtenteils die italienische Sprache nicht kennen, wären für eine derart schwere Aufgabe nicht befähigt. Ihr Versagen aber würde dem Ansehen der Armee und dem Vertrauen der Truppe in ihr eigenes Können schaden.» — Die Presse hat die Ausführungen des Ausbildungschefs mehrheitlich zustimmend, ja beifällig aufgenommen und das Ansinnen des Organisationskomitees von Lugano als eine unzulässige Zumutung an den Staat bezeichnet. Das *Oltner Tagblatt* vom 29. 8. 1953 ergänzte die militärischen Argumente durch *rechtliche Überlegungen* und bestritt, «daß die Armee für irgendwelche von privater Seite organisierte Massenveranstaltungen, die mit den öffentlichen Aufgaben des Staates keinen direkten Zusammenhang besitzen, als Polizeinstrument zur Verfügung gestellt werden darf. — Wer eine Massenveranstaltung sportlicher oder anderer Art inszeniert, kann die sich daraus ergebenden organisatorischen Probleme nicht den staatlichen Organen überbinden. — Die Armee steht im Dienste des Staates und der staatlichen Ordnung, nicht aber im Dienste privater Kreise. Daß es auch nicht die Aufgabe der Armee sein kann, sich den pekuniären und wirtschaftlichen Interessen ziviler Veranstaltungen dienstbar zu machen, sei ebenfalls unmißverständlich unterstrichen. — Die Verwendung der Armee für zivile, private, staats- und armeeferne Zwecke ist indessen nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch unhaltbar, und zwar gilt dies ganz besonders für kommerzialisierte Schausportveranstaltungen, wie sie von geschäftstüchtigen Impresarios immer häufiger veranstaltet werden. — Jeder Bürger muß es als ethisch stoßend empfinden, wenn der Staat und seine Organe zu Werkzeugen privater Spekulation degradiert werden. Unser staatsbewußtes Bürgertum wird den Behörden Dank dafür wissen, wenn sie solche Überlegungen immer konsequenter in die Tat umsetzen.»

Einer Zumutung anderer Art hat der Bundesrat leider nachgegeben, als er durch Beschluß vom 26. 6. 1953 einen vermehrten Fleischkonsum durch die Armee in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1953 anordnete. Zur ordentlichen Fleischportion von 250 g wurde eine zusätzliche Fleischportion von 100 g pro Mann und Tag bewilligt, gleichzeitig aber die Käseportion von 70 g auf 60 g und der Gemüseportionskredit auf allen Ansätzen um 10 Rp. pro Mann und Tag herabgesetzt. Das Oberkriegskommissariat gab hierzu den Truppenkommandanten bekannt, mit dieser Maßnahme werde ein vermehrter Konsum an frischem Kuhfleisch in der Armee bezweckt, um eine Erleichterung auf dem Schlachtviehmarkt herbeizuführen. «Die zusätzliche Fleischportion von 100 g ist in vollem Umfange in Form von frischem Kuhfleisch zu konsumieren und gilt auch für Konserventage». Sie darf weder durch andere Fleischarten noch durch Umrechnung zugunsten des Gemüseportionskredites ersetzt werden. Die Fleischportion ist voll auszuschöpfen. «Nur auf diese Weise ist der Mehrkonsum an frischem Kuhfleisch und damit die angestrebte Mehrverwertung an Schlachtvieh zu erreichen».

In Nr. 1791 der NZZ wurden von ärztlicher Seite ernsthafte Bedenken gegen diese Maßnahme geäußert. Es wurde eine Abnahme des Vitamingehaltes der Militärkost befürchtet, die sich vor allem in den Rekrutenschulen von vier Monaten Dauer bemerkbar machen könnte. «An Stelle des glücklich abgewehrten Bundeschoppens tritt nun die Bundeskuh! Und da die erwähnten Kürzungsmaßnahmen nicht genügen, tritt noch eine direkte Mehrbelastung des Bundeshaushaltes hinzu».

Der Bundesrat hat mit dieser Maßnahme einen verhängnisvollen *Präzedenzfall* geschaffen. Es wird ihm in Zukunft schwer fallen, die Einschaltung der Armee in die Absatzförderung inländischer Weine abzulehnen. Das Beispiel könnte auch sonst Schule machen. Man stelle sich die Folgen vor, wenn einmal die Uhrenindustrie oder die Stickereiindustrie Absatzschwierigkeiten aufweisen und vom Bundesrat eine entsprechende Absatzförderung durch die Armee verlangen sollten.

Das Vorgehen des Bundesrates ist um so befremdlicher, als er immer wieder betont, alle militärisch zulässigen Sparmaßnahmen durchführen zu wollen. Dabei ist das Militärbudget auch sonst schon durch sozialpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen belastet, die im Grunde der Armee fremd sind. Es sei nur an die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung und Bekleidung erinnert, für welche die Aufträge von den kantonalen Militärbehörden weitgehend an das Kleingewerbe und an Heimarbeiter vergeben werden (Schuhe, Lederzeug, Uniformen). Durch diese Art der Auftragsvergebung kann allerdings die Existenz zahlreicher Kleinmeister und Heimarbeiter in erfreulicher Weise gesichert werden, aber zu *Lasten des Militärbudgets*, das bei Vergabung an die Industrie und bei Fabrikation großer Posten jährlich rund 4 Mio einsparen könnte.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß der Chef des EMD am 16. Dezember im Nationalrat verwerfliche Machenschaften bekannt gab. Es gibt Kantone — sie wurden leider nicht genannt —, die entsprechende Aufträge an industrielle Unternehmungen billig vergeben, sich aber von der Eidgenossenschaft nach dem Heimarbeitertarif entschädigen lassen. Andere Kantone entschädigen die Heimarbeiter unter den Tarifansätzen des Bundes, die sie sich auszahlen lassen. Es gibt also Kantone, die auf Kosten der Heimarbeiter einerseits, des Militärbudgets andererseits Zwischengewinne erzielen! Es ist zu hoffen, daß das EMD alle derartigen Machenschaften aufdeckt und für die Zukunft verhindert. Ansonst wäre es entschieden besser, die Eidgenossenschaft würde diese Aufträge direkt an die Heimarbeiter vergeben, unter Ausschaltung der kantonalen Militärverwaltungen. Die kantonale Militärhoheit kompliziert die Militärverwaltung ohnehin; es ist daher nicht am Platze, die kantonalen Befugnisse durch die geschilderten Machenschaften in Mißkredit zu bringen.

Neutralität und Luftkrieg

Vor der juristischen Fakultät der Berner Hochschule sprach kürzlich Professor Dr. Erik Castrén, Ordinarius für Staats- und Völkerrecht an der Universität Helsinki, über *Neutralität im Luftkrieg*. Der berufene Dozent erläuterte die rechtliche Ordnung und die teilweise noch unverwirklichten Postulate, durch welche die Haltung neutraler Staaten gegenüber den Luftraumverletzungen seitens unter sich kriegführender Staaten bestimmt wird. Trotz einer umfassenden Gestaltung des Luftrechts neutraler Staaten hat die Praxis des zweiten Weltkrieges gezeigt, wie häufig Verletzungen und Diskriminierungen sowohl seitens kriegführender als auch neutraler Staaten die getroffene Ordnung gesprengt haben. «Selbstkontrolle und Bewachungspflicht des eigenen Luftraumes durch die neutralen Staaten sind Voraussetzung für eine Garantie der rechtlichen Neutralitätsvorschriften im Falle eines Luftkrieges» («Berner Tagblatt», 21. 11. 1953).

Unter solchen Umständen ist es bedenklich, daß der Bestand unserer Flugwaffe erheblich herabgesetzt und das Nachtgeschwader aufgelöst wurde. Die Scheinwerfereinheiten der Fliegerabwehrtruppen erhalten seit 1951 keinen Rekrutennachwuchs mehr, so daß ihre Bestände rasch abnehmen. Unsere Armee hat infolgedessen nur noch sehr beschränkte Möglichkeiten, die Neutralität unseres Luftraumes wirksam zu schützen. Insbesondere ist auch die Fähigkeit, nächtlichen Verletzungen unseres neutralen Luftraumes wirksam zu begegnen, stark vermindert worden²⁾. Die längst fällige und im Rüstungsprogramm vorgesehene Neubewaffnung unserer Fliegerabwehr ist dringend und wird sie hoffentlich befähigen, nachts wirksam einzugreifen.

Miles

²⁾ Vgl. Militärische Umschau Augustheft 1950, «Ausbau der Armee ohne genügenden Neutralitätsschutz?»

Bericht aus England

Die Bermuda-Konferenz hat nun stattgefunden, und Winston Churchill hat gezeigt, daß er sich auch in seinem achtzigsten Lebensjahr nicht durch eine Monate lange Erschütterung seiner Gesundheit von dem Ziel abbringen läßt, das er sich einmal gesetzt hat. So stolz die Engländer schon aus diesem Grunde auf ihren Premierminister sind, so wenig kann man sagen, daß das Ergebnis der Konferenz in weiten Kreisen mit besonderem Enthusiasmus aufgenommen worden wäre. Wenigstens wenn es nach dem Communiqué beurteilt wird, das am Schluß der Konferenz ausgegeben wurde. Man braucht es gewiß nicht tragisch zu nehmen, wenn die kommunistische Zeitung *Daily Worker* aus dem Communiqué einen Triumph der amerikanischen Politik über die unterwürfigen Churchill und Bidault herausliest; das hätte sie vermutlich auf jeden Fall getan. Die ernsthafte Presse stellt sich auf den Standpunkt, daß der wirkliche Inhalt der Aussprache vermutlich bedeutsamer war als das, was der Welt als ihr Ergebnis bekannt gegeben wurde. Vielfach wird die Frage erörtert, wieweit eine Annäherung zwischen dem französischen und dem englisch-amerikanischen Standpunkt erfolgt sei. Der *Manchester Guardian* bedauert es, daß anscheinend eine Gelegenheit versäumt worden sei, die französischen Besorgnisse durch amerikanische und britische Zusagen zu zerstreuen; aber er tröstet sich mit dem Gedanken, daß wenigstens kein amerikanischer Druck auf die Franzosen, den Europäischen Verteidigungspakt sofort zu ratifizieren, in Erscheinung getreten sei. Ziemlich allgemein scheint man zu billigen, daß die drei Mächte ihren Entschluß, ihre militärische Rüstung gemeinsam weiter zu konsolidieren, wiederholt haben, obwohl sie gleichzeitig die Einladung der Russen zu einer

Viermächtekonferenz in Berlin

angenommen haben.

Der Vorschlag, diese Konferenz so bald wie möglich, nämlich am 4. Januar 1954, zusammentreten zu lassen, ist natürlich das bedeutsamste aktuelle Ergebnis der Bermuda-Besprechung, obwohl man schwerlich sagen kann, daß sie nötig gewesen wäre, um diese Antwort an die Russen zu beschließen und zu redigieren. Wenn die Drei sich für einen so frühen Termin entschieden — trotz der mit der französischen Präsidentenwahl zusammenhängenden Komplikationen —, so gingen sie jedenfalls von dem Wunsche aus, dadurch die Verzögerungstaktik der Sowjets zu durchkreuzen, die ihrerseits annehmen, daß ein Zustandekommen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft desto unwahrscheinlicher ist, je länger sie hinausgezögert wird. Ob die Russen sich auf den 4. Januar einlassen werden und ob, selbst wenn sie es tun, bei der Konferenz etwas herauskommt, kann niemand vorhersagen. In pazifistischen Kreisen der Linken hängt man an dem Glauben, es sei schon sehr viel gewonnen, wenn Vertreter von Ost und West überhaupt einmal am Konferenztisch zusammenkommen; deshalb hatte Churchills Vorschlag im Mai, eine Zusammenkunft der Staatsoberhäupter zu arrangieren, bei der Labourpartei eine außerordentliche Popularität, und sie tat ihr möglichstes, ihn in Gegensatz zu seiner eigenen Partei zu stellen. In der Tat sind wohl manche Tories von Anfang an sehr viel skeptischer gewesen. Aber heute verhehlen sich nur noch wenige, daß die Verhandlungen unendlich schwierig sein werden, selbst vorausgesetzt, daß die Russen nicht nur kommen, sondern auch den ernststen Willen zur Verständigung mitbringen. Und wer hat den Mut, diese beiden Voraussetzungen zu bejahen?

Das Hauptstück des gesetzgeberischen Programms der Regierung für die laufende Session des Parlaments ist die

Reform der Mietgesetze.

Das ist ein äußerst schwieriges Problem. Aber die Schwierigkeit liegt ausschließlich auf der politischen Seite, nicht auf der wirtschaftlichen. Daß die gegenwärtige Ordnung der Mieten jeder volkswirtschaftlichen Vernunft entbehrt, kann kein Sachkundiger bestreiten. Aber sie kommt dadurch, daß sie viele Mieten weit unter das wirtschaftlich notwendige Niveau herabdrückt, Millionen von Mietern zu Gute, und diese Mieter haben alle das Wahlrecht, während die Vermieter überall nur eine Minderheit, meist eine verschwindende Minderheit sind, mit denen man keine Wahlkreise erobern kann. Wie leicht ist es für eine demagogische Agitation, diese Mieter gegen die Regierung mit der Behauptung aufzuhetzen, daß sie die Mieten erhöhen wolle, um den Vermietern — die noch dazu «landlords» heißen — einen Profit zuzuschancen. Es gehörte daher schon ein gut Teil politischen Mutes dazu, mit einer parlamentarischen Mehrheit, die sich in der Regel zwischen 20 und 30 bewegt, ein so heißes Eisen anzufassen.

Allerdings können die Regierung Churchill und der für das Wohnungswesen zuständige Minister Harold Macmillan sich auf einen Erfolg stützen, mit dem sie die Labourregierung weit hinter sich gelassen haben. Sie haben das Ziel von 300 000 neuerbauten Wohnungen im Jahr tatsächlich erreicht, das zuerst, als ein konservativer Parteitag es vor zwei Jahren proklamierte, phantastisch erschien. Das ist um so eindrucksvoller, als in den Jahren 1949 bis 1951, in der Zeit der Regierung Attlee, die Zahlen sich zwischen 195 000 und 198 000 bewegten. Aber Macmillan versteht zu viel von der Wohnungsfrage, um sich einzubilden, daß man sie nur durch Neubauten in gesunder Weise lösen könnte. Im ganzen sind in Großbritannien seit dem Kriege einundeinviertel Millionen neuer Wohnungen erbaut worden. Es gibt Sachverständige, die behaupten, daß damit der wirkliche Bedarf bereits gedeckt sein würde, wenn nur die Bevölkerung der alten Wohnungen richtig verteilt und nicht durch die künstlich zurückgestauten Mieten in Wohnungen festgehalten würden, die für sie zu groß sind. Dazu kommt, daß die Wohnungen, die von den Gemeinden erbaut wurden — und das sind annähernd eine Million — so tief unter den tatsächlichen Gestehungs- und Verwaltungskosten vermietet sind, daß die Steuerzahler der Gemeinde sehr erhebliche Zuschüsse dazu leisten müssen.

Jedenfalls hat es gar keinen Sinn, fortlaufend neue Häuser zu errichten und zu gleicher Zeit die bereits bestehenden Mietshäuser verfallen zu lassen, und das sind etwa zehn Millionen (während etwa $3\frac{3}{4}$ Millionen von ihren Eigentümern bewohnt werden). Verfall ist aber ihr unabwendbares Schicksal, wenn der Hauseigentümer durch die Gesetzgebung gezwungen wird, sich mit Mieten zu begnügen, von denen er die notwendigen Reparaturen einfach nicht bestreiten kann. Es steht fest, daß deren Kosten heute etwa dreimal so hoch sind wie vor dem Kriege. Der Vermieter soll aber mit derselben Anzahl von Pfunden auskommen, wie er 1939 erhielt, als ihr Wert mindestens doppelt so hoch war. Jeder Schuljunge — würde Macaulay sagen — kann sich ausrechnen, daß das nicht geht. Aber wie vorsichtig das Problem angefaßt werden muß, zeigen die zahlreichen Klauseln, welche die Regierung in ihren Entwurf hineingebracht hat, um sicherzustellen, daß die erhöhten Mieten tatsächlich für Reparaturen verwendet werden. In jeder Weise soll den Sozialisten das Argument aus der Hand gewunden werden, daß der Vermieter die Möglichkeit haben könnte, sein durch die Inflation zusammenschmolzenes Einkommen wieder aufzubessern. Denn das wäre natürlich «unsozial», während die Angleichung von Löhnen und Gehältern an die gesunkene Kaufkraft des Geldes eine elementare Forderung der sozialen Gerechtigkeit ist. Auch sorgt der Gesetzentwurf dafür, daß die zulässigen Mieterhöhungen sich in bescheidenen Grenzen halten. Nach dem angeführten statistischen Material kann man für die überwiegende Mehrheit der betroffenen Wohnungen annehmen,

daß die wöchentliche Miete um 4 bis 5 Shilling steigen würde. Das ist bei der heutigen Lohnhöhe durchaus erschwinglich.

Was hat nun die Opposition dagegen vorzubringen? Sie kann natürlich weder bestreiten, daß die Erhaltung der bestehenden Wohnungen eine dringende Notwendigkeit, noch daß sie dem Vermieter bei den künstlich gedrückten Mieten unmöglich ist. Männer wie Morrison fordern Verstärkung der Garantien für die Ausführung der Reparaturen; sie würde auf eine schwer erträgliche Belastung mit bürokratischen Hindernissen herauslaufen. Aber Aneurin Bevan, der diesmal als offizieller Sprecher der Partei auftreten durfte, will wieder das Zauber- und Allheil-Mittel der Sozialisierung anwenden und alle Miethäuser in das Eigentum der Gemeinden überführen. Aber man kann mit einiger Zuversicht sagen, auch eine spätere Labourregierung würde vor dieser Doktor-Eisenbart-Kur ebenso zurückschrecken, wie es die frühere getan hat.

Zunächst hat die Regierung bei der Debatte über die zweite Lesung des Mietengesetzes einen Sieg erfochten, mit dem sie zufrieden sein kann; eine Mehrheit von 27 ist bei der gegenwärtigen Stärke der Parteien ein Erfolg. Abzuwarten bleibt, wie die Agitation der Sozialisten gegen das Gesetz auf die Wähler wirkt. In London haben in den letzten Wochen zwei Nachwahlen in Kreisen stattgefunden, die bisher von Labourabgeordneten vertreten waren. Sie haben beide mit dem Sieg der Labourkandidaten geendet. In dem einen ist seine Mehrheit etwas herunter, in dem andern etwas heraufgegangen. Aber da in beiden Fällen die Wahlbeteiligung sehr schwach war, läßt sich daraus wenig schließen. So viel kann man sagen, daß die Agitation gegen die drohende Mieterhöhung, die bei diesen Nachwahlen eine große Rolle spielte, einen sichtbaren Einfluß auf den Ausgang nicht gehabt hat.

In den sonstigen parlamentarischen Debatten haben

Kolonialfragen

einen ungewöhnlich breiten Raum eingenommen. Die Opposition veranstaltet ein förmliches Kesseltreiben gegen den Kolonialminister Lyttelton, den sie für einen Reaktionär erklärt und dessen parlamentarische Kraft sie sehr gering einschätzt. Es war daher eine Überraschung, als er bei der Debatte über die Absetzung des Kabaka von Buganda einen so großen Eindruck machte, daß die Opposition das Tadelsvotum, das sie bereits angekündigt hatte, nicht zur Abstimmung zu stellen wagte. Besonders großen Eindruck machte es, als Lyttelton mit offensichtlich echter Bewegung seinem Schmerz darüber Ausdruck gab, daß er in Erfüllung seiner Pflicht genötigt gewesen sei, gegen diesen Negerprinzen vorzugehen, welcher derselben Universität und demselben Regiment angehöre wie er selbst, und der ein Freund seines Sohnes sei. Gibt es irgend ein anderes Land, in dem das möglich gewesen wäre? Oder in dem der Premierminister eine so warme und freundschaftliche Rede auf den Führer der Opposition halten könnte, wie Churchill bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der City von London an Attlee? Es ist doch etwas an der Reife, die im langsamen, Jahrhunderte umfassenden Wachstum der Institutionen erworben wird, und an der «Erweisheit ohne Gleichen», die der preußische König Friedrich Wilhelm IV. 1847 England nachrühmte, als er seine Preußen am Betreten des gleichen Weges verhindern wollte.

Erich Eyck

Bericht aus Washington

Obleich bis zu den Kongreßwahlen von 1954 fast noch ein Jahr vergeht, zeigt sich in den USA schon überall das größte Interesse hiefür. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der Beginn der Wahlkampagne unmittelbar bevorsteht, denn die Januarsession des Kongresses wird schon weitgehend unter dem Einfluß der kommenden Wahlen stehen. In ihren Reden und Handlungen werden viele Mitglieder des Kongresses daran denken, in Bälde wieder vor die Wählerschaft treten zu müssen.

Die äußerst knappe Mehrheit der Republikaner im Kapitol ist einer der Gründe für das außergewöhnliche Interesse, das man den Kämpfen des Jahres 1954 entgegenbringt. Im Repräsentantenhaus hat die Partei Eisenhowers nur eine Mehrheit von drei Stimmen. Im Senat ist die Stimmenzahl sogar ausgeglichen, doch ist die Vormachtstellung der Republikaner für die Regelung organisatorischer Fragen gesichert.

Diese Situation ist das Ergebnis des ungewöhnlichen Bildes der Wahlergebnisse von 1952. Eisenhower gelangte zwar mit einer gewaltigen Stimmenmehrheit zur Präsidentschaft, seine Partei dagegen blieb weit zurück und erreichte nur knappe Mehrheiten im Kongreß. Nun haben Todesfälle, Rücktritte und die Ergebnisse der Nachwahlen im November den knappen Vorsprung der Republikaner noch weiter reduziert. Normalerweise verfügt auch die Partei eines Präsidenten, der als überlegener Sieger aus dem Wahlkampf hervorgeht, über beträchtliche Mehrheiten im Kongreß. In diesem Falle behält die Partei des Präsidenten in der Regel auch dann die Mehrheit, wenn sie bei den Wahlen, welche in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten stattfinden, Sitze verliert. Im Jahre 1954 können es sich jedoch die Republikaner nicht nur nicht leisten, Sitze zu verlieren, sie müssen im Gegenteil beträchtliche Gewinne erzielen, wenn sie den Sieg für sich beanspruchen.

Bei den Wahlen des vergangenen Novembers: Nachwahlen in den Kongreß, die wichtige Wahl des Gouverneurs von New Jersey, Gemeindewahlen in New York City erlitt die Partei des Präsidenten verschiedene Schläppen. Die größte Stadt der Welt wählte einen Demokraten zum Bürgermeister. New Jersey, die Achse unter den Staaten und lange Zeit eine republikanische Festung, erhob einen Demokraten auf den Gouverneurstuhl. Vom republikanischen Standpunkt aus betrachtet, ist schließlich die Eroberung von zwei Sitzen im Kongreß durch die Demokraten — zwei Sitze, die seit langem den Republikanern gehört hatten — das schlimmste Ereignis. Natürlich bauschte die Partei der Minderheit ihre Siege auf. Der Präsident bemerkte dazu, er habe schon früher «Scharmützel» verloren, und tatsächlich waren diese Wahlen, für sich allein betrachtet, verhältnismäßig unbedeutende Ereignisse. Sie zeigten jedoch an, aus welcher Richtung der politische Wind im vergangenen Herbst blies. Ob die Windrichtung bis zum nächsten November ändern wird, ist eine Frage, welche jeder Politiker gerne beantworten möchte.

Worauf es im Jahre 1954 ankommen wird...

Was letzten Endes den Wähler veranlaßt, seinen Stimmzettel so oder so auszufüllen, ist ein Geheimnis, um dessen Aufklärung jeder Politiker bemüht sein muß. Eine starke republikanische Gruppe glaubt, der Ruf «Kommunisten in der Regierung» werde viel dazu beitragen, nächstes Jahr Stimmen zu gewinnen. Diese Leute, von denen viele dem sogenannten «McCarthyismus» nicht abgeneigt sind, sind fest entschlossen, im nächsten Jahr die Demokraten zu besiegen, indem sie

die einst von den Umstürzern in der Bundesregierung begangenen Sünden ans Licht bringen.

Dieser bereits begonnene Feldzug scheint vielen voller Gefahren zu sein für die amerikanische Tradition des fair play und der persönlichen Freiheit. Der Gegenangriff gegen den «McCarthyismus» wird die kühne Bestätigung der Demokratie Jeffersons sein. Er wird von den Kandidaten jener Partei vorgetragen werden, die vom dritten Präsidenten der USA gegründet wurde: der demokratischen Partei. Ob die Geschichten von der «Schwäche gegenüber dem Kommunismus» für die Republikaner einen Stimmenfang ergeben werden, bleibt bis zu den Wahlen des nächsten Jahres das wichtigste Geheimnis. Ein republikanischer Sieg könnte dann wohl leicht als Bekenntnis zum «McCarthyismus» umgedeutet werden. Daraus ergäben sich wichtige Ausgangspunkte nicht nur für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1956, sondern vielleicht auch für die politische Stimmung im Lande auf viele Jahre hinaus.

Im kommenden Jahr sind das Ansehen des Präsidenten und die Politik, der er sich verschrieben hat, weitaus am wichtigsten. Eine mächtige Welle persönlicher Beliebtheit trug ihn auf den Präsidentenstuhl. Eisenhower hat viele Anhänger, die ihm letztes Jahr zur Wahl verhalfen, enttäuscht. Es ist schwer, den Grad der Ernüchterung festzustellen, doch zeigen die Novemberwahlen, daß er wahrscheinlich beträchtlich ist. Im besonderen sind die Erwartungen, die man in die neue Regierung gesetzt hat, auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft und der Arbeitsgesetzgebung nicht erfüllt worden. Dabei nennen wir nur die wichtigeren Gebiete. Andererseits ist in Korea endlich der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden, und die Gefahr eines erneuten Angriffs scheint abgenommen zu haben. Eisenhower wird daraus Nutzen ziehen, angenommen, daß in Korea weitere Fortschritte erzielt werden können (z. B. würde die Rückkehr großer amerikanischer Truppenkontingente aus Korea der Partei des Präsidenten ungeheuer nützen).

Die Wahlen des kommenden Jahres werden auch deshalb mit Interesse verfolgt werden, weil sie einen Fingerzeig für

die politischen Strömungen in den Südstaaten

geben. Eisenhower gelangen letztes Jahr größere Einbrüche in überlieferungsgemäß demokratische Gebiete. Nun versucht die demokratische Partei die auseinanderstrebenden Elemente wieder zu vereinigen und sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Das bedeutet, daß die Partei das Programm der bürgerlichen Gleichberechtigung, auf welches Präsident Truman so viel Gewicht legte, etwas in den Hintergrund schieben muß. Dies kann den Verlust vieler Negerstimmen für die Demokraten zur Folge haben.

Umgekehrt hat die Regierung Eisenhower durch ihr Eintreten für die Neger und gegen die Rassentrennung viele ihrer neuen Freunde im Süden entfremdet. In der Hauptstadt des Landes hat die Rassentrennung praktisch aufgehört; das ist ein bedeutender Schritt vorwärts, der dem neuen Präsidenten zu danken ist. Das Bestreben Eisenhowers, den gleichen Fortschritt in den Südstaaten zu verwirklichen, wird dort nicht gutgeheißen und wird wahrscheinlich einige zur Rückkehr in die demokratische Gemeinschaft bewegen. Schließlich werden die Wahlen des kommenden Jahres richtunggebend sein für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1956. Wenn die Demokraten 1954 gut abschneiden, wird sich mehr als einer bemühen, von dieser Partei nominiert zu werden; erzielen dagegen die Republikaner massive Gewinne, dann darf angenommen werden, daß der jetzige Präsident (oder ein anderer Kandidat seiner Partei) im Jahre 1956 kaum zu schlagen sein wird.

Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen des vergangenen Herbstes ist

die demokratische Partei

gegenwärtig sehr optimistisch, und zwar nicht nur im Hinblick auf die nächstjährigen Kongreßwahlen, sondern auch auf die nationalen Wahlen des Jahres 1956. Gewisse Entscheidungen, die im ganzen Lande von den Demokraten in den Provinzen und Gemeinden getroffen werden, deuten darauf hin, daß es sich 1956 lohnen wird, von dieser Partei nominiert zu werden. Adlai Stevenson, der von Eisenhower besiegt wurde, bleibt der führende Anwärter der Demokraten. Er ist gegenwärtig dadurch behindert, daß er kein öffentliches Amt bekleidet. Dies macht es für ihn schwierig, im Rampenlicht zu bleiben; doch bleibt seine Führerschaft im Schoße der demokratischen Partei vorläufig unbestritten.

Man muß offen zugeben, daß für das Jahr 1954 ein sehr häßlicher Wahlkampf bevorsteht. Schon die Präsidentschaftswahlen brachten viel Schmutz an den Tag, und es ist keine Besserung zu erwarten. Natürlich darf man kaum hoffen, daß Anschuldigungen wie «Schwäche gegenüber dem Kommunismus» und dergleichen Dinge eine saubere Kampfweise fördern. Auch wird Eisenhower, der seit seinem Amtsantritt von den Demokraten in Ruhe gelassen worden ist, sich wahrscheinlich eine persönliche Kritik gefallen lassen müssen. — All diese Dinge werden in den Kongreßverhandlungen des Winters ihren Widerhall finden. Die Debatten über die Landwirtschaft, die Arbeitsgesetzgebung, die Steuern, die Bundesausgaben und die Außenpolitik werden wahrscheinlich sehr heftig und durch politische Überlegungen schwer belastet sein. Es wird dem Kongreß schwer fallen, sein Arbeitspensum zu erledigen, da die Abgeordneten auf eine kurze Session drängen werden, so daß sie im nächsten Sommer früh nach Hause zurückkehren können, um den Kampf für die Herbstwahlen aufnehmen zu können.

Schlußendlich wird viel von der

wirtschaftlichen Lage

abhängen, in der sich das Land am Wahltag befindet. Eine alte politische Redensart der USA besagt, daß Wähler mit klingender Münze in der Tasche nicht für eine Veränderung stimmen. Eisenhowers Bestreben muß daher auf klingende Münzen gerichtet sein. Gegenwärtig sind die wirtschaftlichen Aussichten gut; doch kann sich in zehn Monaten allerhand ereignen.

Zum Schluß müssen wir noch darauf hinweisen, daß Eisenhower die Unterstützung vieler Demokraten braucht, wenn er sein außenpolitisches Programm durchführen will, denn das isolationistische Denken findet sich fast ausschließlich innerhalb seiner Partei. Er kann es sich deshalb nicht leisten, die Opposition allzu drastisch vor den Kopf zu stoßen.

Sofern die Republikaner nächstes Jahr außerdem die Mehrheit im Kongreß verlieren sollten, wäre Eisenhower natürlich beträchtlich behindert; doch würden dadurch vielleicht gewisse Probleme tatsächlich einer Lösung näher gebracht. Eisenhower ist kein Politiker im engsten Sinne des Wortes, und er betrachtet sich tatsächlich als Präsident des ganzen Landes. Obwohl es normalerweise nicht wünschenswert ist, daß im Kongreß die eine Partei befiehlt und im Weißen Haus die andere, wäre im gegenwärtigen Falle vielleicht ein solcher Zustand nicht so unerfreulich.

Richard J. Davis

Streifzug durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Vor dem Berichtersteller liegt eine Reihe von Zeitschriften wirtschaftlichen Inhalts aus den letzten Monaten und Vierteljahren. Wir nennen: die *Außenwirtschaft*, die im Berner Verlag von A. Francke quartaliter erscheint, vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen herausgegeben wird und dem Studium der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet ist. Auch die Vierteljahres-Publikation *Kyklos* des gleichen Verlages hat internationalen Charakter; sie öffnet ihre Spalten den Problemen der Sozialwissenschaften. Die *Revue Economique Franco-Suisse* ist die Monatszeitschrift der Schweizerischen Handelskammer in Paris, deren Aufgaben für ihren Inhalt maßgebend sind. Der Schwerpunkt in der deutschen Halbmonatszeitschrift *für das gesamte Kreditwesen* (Verlagsort Frankfurt a. M.), die neuerdings auch in einer englischen Ausgabe erscheint, liegt auf der Behandlung internationaler Finanzfragen, soweit durch sie deutsche Interessen berührt werden. Mit Rücksicht auf die Verzahnung europäischer Finanzprobleme kann auch der nicht-deutsche Leser bei ihrem Studium manche ökonomische Anregung gewinnen. Endlich sind auf dem Steuergebiet die Spalten der monatlich im Cosmos-Verlag (Bern) erscheinenden *Steuerrevue* den Problemen des schweizerischen Steuerrechts geöffnet, und der *Steuerbatzen* (Zürich) in der Schweiz wie der *Steuerzahler* (Bad Wörishofen) in Westdeutschland nehmen mit monatlicher Folge den Schutz der Steuerzahler gegenüber dem Fiskus wahr. In allen genannten Zeitschriften spiegeln sich verständlicherweise die akuten ökonomischen Probleme wider.

Den periodisch wiederkehrenden *Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik* sei illustrativ aus der Ausgabe der *Außenwirtschaft* vom Juni 1953 ein Artikel entnommen, mit dem Professor Dr. *Hans Bachmann* die weltwirtschaftlichen Vorgänge und Professor Dr. *Alfred Boßhardt* den Außenhandel und die Außenwirtschaftspolitik der Schweiz im Frühjahr 1953 beleuchten. Die amerikanische Handelspolitik seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Eisenhower durchläuft einen Schwebestand. Sie scheint entschlossen, in den weltwirtschaftlichen Beziehungen eine Verschlechterung zu verhindern; ob sie aber der protektionistischen Widerstände im eigenen Lande Herr werden wird, kann erst die Zukunft lehren. Die Europäische Zahlungs-Union hat erfreulicherweise durch Beschluß ihres Ministerrates eine Verlängerung bis zur Jahresmitte 1954 erfahren. Auch hat man dort Frankreich und Großbritannien eine Lockerung ihrer Einfuhrbeschränkungen nahegelegt und bei der OEEC die Verstärkung der Liberalisierung angeregt. Das sich immer stärker in den Vordergrund schiebende Konvertibilitätsproblem wird von Bachmann in seiner Allgemeinheit wie bezüglich einzelner europäischer Länder geprüft.

Professor Dr. *Boßhardt* begründet seine Annahme, daß die Periode der Aktivität im Außenhandel der Schweiz in der Berichtszeit zu Ende gegangen ist. Die Handelsbilanz von April und Mai 1953 hat wieder mit der gewohnten Passivität geschlossen. Als bemerkenswert wird von Boßhardt bezeichnet, daß beim Vergleich mit den Vorjahren einem Abbau der Einfuhr die Steigerung der Ausfuhr entsprach. Das Schwergewicht der einfuhrwertmindernden Faktoren lag nicht mehr wie 1951 und 1952 auf der Mengen-, sondern auf der Preisseite; in umgekehrter Richtung zeichnete sich die Ausfuhr durch zunehmende Mengenziffern aus. Deutschland ist wie früher wieder an die Spitze der Lieferanten für die Schweiz getreten, die USA, nach wie vor der Hauptabnehmer schweizerischer Produkte, sind auf die zweite Stelle zurückgefallen.

Aus dem bunten Inhalt des *Kyklos* ist in dessen Ausgabe Vol. VI, 1953, Fasc. I, u. a. für den europäischen Exporteur nach USA eine Abhandlung aus

der Feder des Mitglieds der niederländischen Botschaft in Washington, *Johan Kaufmann: Trends in United States Tariff Policies* lesenswert. Hier wird dargelegt: In der gegenwärtigen Zollpolitik der USA sind drei Prinzipien maßgebend, das der Reziprozität, das Zollzugeständnisse nur im Austausch mit gleichwertigen Gegengaben der Verhandlungspartner erlaubt, der Zollschutz für die heimische Produktion und das Streben nach Steigerung des Imports zum Zwecke einer Förderung der Ausfuhr. Im Hinblick auf die Stellung der amerikanischen Wirtschaft im Welthandel beginnt drüben die Auffassung an Boden zu gewinnen, man solle das strenge Prinzip der Reziprozität durch einseitigen Zollabbau ersetzen. Die höchste Stufe des Zollschutzes, die im Smoot-Hawley Tariff Act von 1930 lag, ist unter der Herrschaft des Reciprocal Trade Agreements Act von 1934 allmählich verlassen worden. Im Laufe der Zeit hat die bei Importeuren nach USA höchst unbeliebte «Escape clause» eine immer größere Bedeutung bekommen; sie berechtigt zur Zurücknahme von Zollkonzessionen, wenn ein inländischer Produktionszweig durch die Einfuhr ernsthaft geschädigt wird. Allerdings zeigt die amerikanische Regierung bei Anwendung der Klausel eine betonte Zurückhaltung. Die Stellung der USA als Weltgläubiger und die notwendige Anregung des amerikanischen Exports wirken in der Richtung der Einfuhrerleichterung.

Aus der *Revue Economique Franco-Suisse* vom Juli 1953 seien die Hauptzüge des über den üblichen Rahmen der Zeitschrift hinausgehenden Berichtes eines Vortrages wiedergegeben, den der frühere französische Außenminister *Robert Schuman* unter dem Titel *L'Intégration économique de l'Europe* vor der 35. Generalversammlung der Schweizerischen Handelskammer in Paris gehalten hat. Nach einer Definition der europäischen Integration als des Zusammenschlusses nationaler Organe auf internationaler Ebene nannte Minister Schuman als typische Beispiele *politischer* Integration die Schaffung einer europäischen gesetzgebenden Körperschaft und die Verteidigungsgemeinschaft. Dann wandte er sich dem *wirtschaftlichen* Gebiet zu, betonte die Notwendigkeit eines Verzichtes auf die bestehenden Handelshemmnisse in Form der Zölle und Kontingente und erläuterte als der denkbar beste Interpret im einzelnen Aufgaben und Bedeutung der auf seine Initiative zurückgehenden Montanunion für Eisen und Stahl. Er schloß seine Ansprache mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß heute an die Stelle isolierter Interessen der einzelnen Länder der europäische Geist getreten sei, der Zusammenarbeit und gegenseitige Rücksicht zum Ziele habe.

Die *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* bringt in ihrer Ausgabe vom 15. Juli 1953 einen für die europäische Wirtschaft recht aktuellen Beitrag von Professor Dr. *Otto Donner* der Georgetown-Universität in Washington über *die Schließung der Dollarlücke*. Eine bessere Struktur der internationalen Zahlungsbilanz setze die Behebung der allgemeinen Dollarknappheit voraus. Zwar habe sich in der Nachkriegszeit die Dollarlücke schon beträchtlich verengt: dargestellt an der Zahlungsbilanz der USA sei sie von 6,8 Mrd. Dollar 1946 und sogar 10,7 1947 auf 1,3 im Jahre 1952 geschrumpft. Aber der Berg währungspolitischer Schwierigkeiten sei damit noch nicht überwunden. Die sogenannten Offshore-Käufe der Amerikaner besäßen nur befristete Dauer, und die effektive Dollarnachfrage sei hinter dem Betrag des eigentlichen Dollarbedarfs zurückgestaut. Eine elementare Bedingung für die Beseitigung der Dollarlücke und damit für die Währungskonvertibilität ist nach Donner zunächst eine straffe, auf Inflationsverhütung bedachte Geld- und Finanzpolitik der Staaten mit Zahlungsrestriktionen, die auf der anderen Seite aber auch eine sozial untragbare Deflation vermeidet, und sodann die Verbesserung der Dollareinnahmen durch Exportsteigerung. Die Möglichkeiten für vermehrten Import in den USA sieht Donner als auf die Dauer nicht ungünstig an; die Gefahr eines Konjunkturumschlags dort sei für absehbare Zeit nicht zu fürchten.

Für den deutschen Berichterstatte war es überraschend, feststellen zu müssen,

daß ein Problem, das in Westdeutschland immer stärker diskutiert wird, nämlich die Mobilisierung des Vermögens der öffentlichen Hand, auch in der Schweiz eine Rolle spielt. So verlangt der deutsche *Steuerzahler* in seiner Juliausgabe 1953 die Einschränkung der staatlichen Funktion als Unternehmer und der schweizerische *Steuerbatzen* vom Juni 1953 mit einem Artikel: *Die eidg. Käseliwirtschaft* die Auflösung der fiskalischen Fonds.

Der Wert der *Steuerrevue* für den Schweizer Leser liegt sowohl in der Wiedergabe neuer Steuergesetze des Bundes und der Kantone und interessanter Entschiede des Bundesgerichts und aus der kantonalen Rechtsprechung wie in der wissenschaftlichen Behandlung schwebender Steuerprobleme. Um in dieser letzteren Hinsicht ein Beispiel zu nennen: in der Ausgabe der *Steuerrevue* vom August 1953 beantwortet einer ihrer Redaktoren, Dr. *Heinz Schmutz*, die Frage, unter welchen Bedingungen einer direkten Bundessteuer zugestimmt werden könnte, und Dr. *Walter Keicher* erörtert die Anwendung schweizerischer Steuergesetze in Liechtenstein.

Hans Posse